



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Landwirtschaftlicher Groß- und Kleinbetrieb und Erhöhung der
Brotgetreidezölle

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Es scheint nach diesen Äußerungen des Altreichskanzlers doch eine „tiefe Kluft“ zwischen ihm und dem Volke, das sich bismarckisch gebärdet, zu bestehen.

H. W.



Landwirtschaftlicher Groß- und Kleinbetrieb und Erhöhung der Brotgetreidezölle



In den „Nachrichten vom deutschen Landwirtschaftsrat“ hat der Generalsekretär dieser obersten agrarischen Interessensvertretung, Dr. Dade, neuerdings einen beachtenswerten Aufsatz unter der Überschrift: „Welcher Grundbesitz, der Groß-, Mittel- oder Kleinbesitz, liefert dem deutschen Volke die größte Menge Brotgetreide?“ veröffentlicht. Wer die landwirtschaftliche Betriebsstatistik kennt, die das Kaiserliche Statistische Amt 1898 in dem großen, auch in den Grenzboten seiner Zeit mehrfach besprochenen Werk „Die Landwirtschaft im Deutschen Reich nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895“ giebt, der wird freilich geneigt sein, die Frage schon für beantwortet zu halten, denn dort ist nachgewiesen worden, daß auf die „Großbetriebe,“ d. h. die Betriebe mit 100 und mehr Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche (Acker-, Wiesen-, Garten- und Nebland zusammen), nur 24,08 Prozent dieser Fläche fallen, sodaß für die „Bauernwirtschaften“ unter 100 Hektar ganze 75,92 Prozent übrig bleiben. Daß aber auf rund 76 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche mehr Brotgetreide gebaut und geerntet wird als auf 24, wird niemand, der Deutschland auch nur ganz oberflächlich kennt, bezweifeln. Aber Dade wollte in Wirklichkeit mehr beweisen. Er wollte zunächst „zahlenmäßig“ feststellen, daß die Bauernwirtschaften auch mehr Brotgetreide für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung zur Verfügung stellen, also zum Verkauf bringen, und daß sie deshalb auch ein ebenso großes, ja eigentlich ein noch größeres Interesse an der Erhöhung der Brotgetreidezölle haben als die Großbetriebe. Seine ganze Arbeit ist nämlich nach ihrem Wortlaut hauptsächlich gegen die, wie er sagt, von den „Vertretern des Freihandels und der Sozialdemokratie“ aufgestellte Behauptung gerichtet, „daß ein handelspolitischer Schutz der Getreideproduktion nur den 25061 Betrieben über 100 Hektar zu gute käme,“ eine Behauptung, die natürlich heller Unsinn ist und mit einem solchen Aufwand schwersten statistischen Geschützes, wie es Dade dagegen aufführt, beschossen zu werden gar nicht verdient. Thatsächlich beschießt er auch nicht diesen Unsinn allein, sondern richtet seine Batterien auch gegen alle die Wirtschaftspolitiker, die eine weitere Kornzollerhöhung ablehnen und dies unter anderm auch durch den Hinweis darauf begründen, daß von ihr — außer der Masse der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, der ihr Mehl und Brot, das sie kaufen muß,

mehr oder weniger durch höhere Brotgetreidezölle verteuert wird — denn doch ein recht beträchtlicher Teil der Landwirte voraussichtlich keinen Nutzen haben wird, weil sie kein Brotgetreide verkaufen oder doch nicht mehr durch den Verkauf erlösen, als sie für den Zukauf von Mehl, Brot oder auch Brotgetreide ausgeben müssen. So hat namentlich Professor S. Conrad wiederholt geltend gemacht, daß von den im Juni 1895 im ganzen gezählten 5558317 landwirtschaftlichen Betrieben zunächst die 3236367 Betriebe unter 2 Hektar kein Interesse an höhern Getreidepreisen haben, und auch von den 1016318 Betrieben mit 2 bis 5 Hektar nur ein bescheidener Teil. Es wären hauptsächlich nur die Inhaber der 1305632 Betriebe über 5 Hektar, die in Deutschland daran interessiert seien. Wenn er dabei übrigens aus Versehen in die Zahlen von 1882 hineingeraten ist und deshalb irrtümlich statt der zuletzt genannten Zahl nur 1233106 angiebt, so mag das hierdurch berichtigt sein. Auf keinen Fall hält es uns ab, auch hier wieder zu sagen: Conrad hat Recht.

Dades eigne statistische Kunst lehrt es, wenn er es auch nicht eingesteht. Wir wollen ihm deshalb in seinen durchschnittlichen Annahmen, Schätzungen und Berechnungen noch ein wenig folgen, obgleich wir solche statistische Kunstleistungen praktisch nicht für viel wert halten. Er setzt voraus, daß bei den Betrieben unter wie über 100 Hektar durchschnittlich das Verhältnis von Brotgetreidefläche zur ganzen Acker- und Wiesenfläche — die Betriebsstatistik weist es mit 24,29 zu 75,71 nach — das gleiche sei, und daß die Brotgetreidemenge diesem Verhältnis entspreche. Dadurch kommt er dazu, die von der Erntestatistik nachgewiesene gesamte mittlere Ernte an Brotgetreide von 12369011 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) auf die Großbetriebe und Bauernwirtschaften im Verhältnis von 24 zu 76 zu verteilen, sodaß auf die Großbetriebe 2951660 Tonnen und auf die Bauernwirtschaften 9417351 Tonnen geerntetes Brotgetreide kommen würden.

Um nun die Hauptfrage zu beantworten: „Wie viel Brotkorn bringt der Besitz über und unter 100 Hektar zum Verkauf auf den Markt?“ — rechnet er von der Ernte der Großbetriebe (2951660 Tonnen) zunächst für die Aussaat 349944 Tonnen ab, dann an verfüttertem Brotgetreide etwa 256000 Tonnen, weiter noch einen nicht genau schätzbaren Posten für Branntweinbrennerei und eigne Stärkefabrikation usw., endlich und namentlich aber 400000 Tonnen, die diese Betriebe für die Ernährung ihrer eignen Bevölkerung verbrauchen. Er kommt so zu der Annahme, daß sämtliche 25061 Betriebe über 100 Hektar zusammen etwa 1850000 Tonnen zum Verkauf auf den Markt bringen. Im Durchschnitt würden wir dann für den einzelnen Großbetrieb eine zum Verkauf gebrachte Brotgetreidemenge von 74 Tonnen jährlich herausbekommen. Nimmt man nun an, daß die Agrarier eine Erhöhung des Brotgetreidezolls auf 60 Mark, also um 25 Mark für die Tonne durchsetzen würden — mehr werden sie wohl auf keinen Fall erreichen —, so würde, falls die Zollerhöhung ganz zur Geltung käme, der einzelne Großbetrieb dadurch im Durchschnitt eine Mehreinnahme von 1850 Mark im Jahre erzielen.

Bei den Bauernwirtschaften nimmt Dade, wie schon gesagt worden ist, eine Gesamternte an Brotgetreide von 9417351 Tonnen an. Für die Aussaat rechnet er 1052522 Tonnen, als zur menschlichen Nahrung untaugliches Hinterkorn 470868 und für die Ernährung der eignen Bevölkerung 3163037 Tonnen an, sodaß zunächst zusammen 4686427 Tonnen von der Erntemenge abgezogen werden müßten und zum Verkauf eigentlich 4730924 Tonnen verfügbar sein würden.

Nun macht aber Dade noch eine zweite Rechnung auf, in der er zunächst den Bedarf der „nicht rein landwirtschaftlichen Bevölkerung“ an Brotgetreide — angeblich 39 Millionen Köpfe und 170 Kilogramm für den Kopf — auf 6630000 Tonnen schätzt, wovon die Großbetriebe, wie oben berechnet ist, 1850000 Tonnen decken. Nun komme aber die böse Einfuhr ausländischen Brotkorns mit etwa 2000000 Tonnen dazwischen und nehme den Bauernwirtschaften den Markt annähernd in diesem Maße weg, sodaß sie statt der 4730924 Tonnen, die sie zum Verkauf übrig hätten, nur 2780000 verkaufen könnten und 1950924 Tonnen schönes zur Menschennahrung taugliches Brotgetreide nolens volens ans liebe Vieh verfüttern müßten. Das sind natürlich statistische Kunststückchen, die die Sachlage viel eher verdunkeln als aufklären können. Nehmen wir das Ergebnis dieser Schätzungen und Rechnungen aber einmal als brauchbar an, so brächten die 5533256 Betriebe unter 100 Hektar heute zusammen 2780000 Tonnen Brotgetreide zum Verkauf; das macht auf den Betrieb im Durchschnitt 0,5 Tonnen, und von einer Zollerhöhung um 25 Mark etwa 12,5 Mark. Während also nach Dades Methode für den einzelnen Großbetrieb 1850 Mark als Vorteil dieser Zollerhöhung herauszurechnen wären, würde sich der Vorteil der Bauernwirtschaften durchschnittlich auf 12,5 Mark stellen.

Dade versucht berechtigterweise die Erntemengen und damit doch wohl auch die Verkaufsmengen an Brotgetreide noch weiter auf die einzelnen Größenklassen der Bauernwirtschaften zu verteilen, wobei er natürlich denselben Maßstab anlegt, den er bei der Verteilung auf die Betriebe über und unter 100 Hektar angewandt hat, d. h. den prozentualen Anteil der Acker- und Wiesenfläche der einzelnen Größenklassen an der Acker- und Wiesenfläche aller Bauernwirtschaften zusammen. Er sagt ausdrücklich: „Welcher Teil der bäuerlichen Betriebe den obigen Betrag von rund 2780000 Tonnen hauptsächlich verkauft, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Größenklasse	Zahl der Betriebe	Landwirtschaftlich benutzte Fläche		Mittlere Ernte von Brotgetreide Tonnen
		Hektar	Prozent	
unter 2 Hektar	3236367	1673139	7	659214
2 bis 5 „	1016318	3194406	13	1224256
5 „ 50 „	1238447	16671005	69	6497932
50 „ 100 „	42124	2738067	11	1035909
zusammen unter 100 Hektar .	5533256	24276617	100	9417351

Hiernach — das sind immer noch Dades Worte — scheint es zweifellos zu sein, daß gerade unser bäuerlicher Besitz von 200 bis 300 Hektar, und ganz besonders der am kräftigsten vertretne Bauernstand von 5 bis 10 Hektar dem deutschen Volke die größte Menge Brotkorn liefert!“ Das soll natürlich zugleich sagen: die größte Menge „verkauft“ und das größte Interesse an der Zollerhöhung hat. Dade kann danach nichts einzuwenden haben, wenn wir die Verteilung nach dem von ihm angewandten Maßstab noch etwas weiter durchführen, d. h. mehr Größenklassen der Bauernwirtschaften berücksichtigen, und statt der Erntemenge die zum Verkauf gebrachte Menge an Brotkorn in Rechnung stellen. Wir wollen ihm dabei soweit entgegenkommen, daß wir die ganze Menge, die die Bauernwirtschaften verkaufen könnten, wenn die böse „Einfuhr“ ihnen nicht den Markt verlegte, zu Grunde legen, also statt 2780000 Tonnen rund 4731000 Tonnen. Das Ergebnis tritt in folgenden Zahlen zu Tage:

Von der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche (ohne Garten- und Nebland) kommen auf die Betriebe

	unter 2 ha	von 2 bis 5 ha	von 5 bis 10 ha	von 10 bis 20 ha	von 20 bis 50 ha	von 50 bis 100 ha
Prozent:	7	13	17	23	29	11

Danach könnten in diesen Größenklassen verkauft werden durchschnittlich für den Betrieb Tonnen: 0,1 0,6 1,3 2,8 5,7 10,0

Der Anteil an der Zollerhöhung um 25 Mark pro Tonne würde ausmachen durchschnittlich

für den Betrieb Mark:	2,5	15,0	32,5	70,0	142,5	300,0
-----------------------	-----	------	------	------	-------	-------

Und dabei sollen nun die Bauern entweder die Futtermittel kaufen und dadurch die Rentabilität ihrer Viehzucht verhältnismäßig verringern oder diese selbst einschränken. Die Betriebe unter 10 Hektar können so gut wie gar keinen Vorteil von einer Zollerhöhung um 25 Mark erwarten, und wer ihnen das einredet, täuscht sich und sie. Sogar bei einer sehr großen Anzahl der Betriebe von 10 bis 20 Hektar kann von einem Vorteil kaum die Rede sein. Und das alles auch dann, wenn man die ganze Gebrechlichkeit des statistischen Kunstbaues Dades anerkennt und vor allen von den Betrieben unter 2 Hektar etwa die Hälfte als gar nicht zu den Bauernwirtschaften gehörig ausscheidet. In Wirklichkeit ist nämlich das Verhältnis der Verkaufsmengen für die kleinern Betriebe noch weit ungünstiger, als oben angenommen ist, denn die für den eignen Haushalt nötigen Brotgetreidequoten wachsen nach unten, während hier vorausgesetzt ist, daß der Zwergwirt denselben Anteil seines Brotkorns selbst verzehrt wie der Großbauer. Wahrhaftig: Conrad hat Recht!

Das Verfüttern zur Menschennahrung tauglichen Brotgetreides in den Bauernwirtschaften als eine infolge ungenügenden Zollschutzes eingerissene wirtschaftliche Unsitte und deren Abstellung als einen Hauptzweck der Zollerhöhung

zu bezeichnen, spielt in der agrarischen Agitation schon seit längerer Zeit eine Rolle, aber durch die von Dade unter der gewichtigen Autorität des deutschen Landwirtschaftsrats neuerdings in die Öffentlichkeit getragenen Ansichten fängt die Einseitigkeit und Übertreibung dabei geradezu an, bedenklich zu werden. Nicht nur daß man den Bauern die Vermehrung der Produktion animalischer Nahrungsmittel aller Art durch den billigen, gegen jeden Fortschritt in der Produktion überhaupt auszuspielenden Hinweis auf die dadurch vielleicht eintretende Verschärfung der Konkurrenz und Minderung der Rentabilität zu vermeiden sucht, Dade spricht sogar schon davon, daß die überwiegend vom Getreideverkauf lebende Landwirtschaft „nicht so ungestüm wie bisher zur Viehzucht“ übergehen dürfe. Nur kein Getreide, das zur menschlichen Nahrung brauchbar ist, verfüttern! Das scheint jetzt die Parole zu sein, die der deutsche Landwirtschaftsrat vertritt, und die nun wohl auch von allen landwirtschaftlichen Wanderlehrern draußen gepredigt werden soll. Lieber die Viehzucht einschränken und nach höhern Kornzöllen „schreien“; mag der Bauer privatwirtschaftlich davon Nachteil oder Vorteil haben! Dade sucht die Furchtbarkeit der Verfütterungsünde ganz besonders einleuchtend zu machen durch eine langatmige Statistik des süddeutschen Schrammenverkehrs, der in der That seit den siebziger Jahren einen ganz gewaltigen Rückgang des zum Verkauf gestellten und amtlich notierten Getreides aufweist. Das wird nun einfach als Beweis der rapiden Zunahme der Verfütterung an sich verkäuflichen Brotgetreides ausgespielt. Schrammenzwang giebt es doch aber auch in Süddeutschland nicht mehr, und jeder Magistratschreiber und Polizeidiener der Markttorte, aber auch jeder Bauer weiß, daß diese amtlichen Notierungen des zu Markt gebrachten Getreides gar nichts mehr mit der Menge des wirklich von den Landwirten des Bezirks verkauften Getreides zu thun haben. Der Händler kauft heutzutage infolge der Verkehrsentwicklung auch vom Kleinbauern direkt, ohne Vermittlung des Fruchtmarkts, soweit es irgend geht, und zwar zum Vorteil auch des Verkäufers. Diese ganze Statistik der Schrammen oder Fruchtmärkte ist, soweit es sich um die zu Markt gebrachte Menge handelt, ein ziemlich wertloser Zopf, der am allerwenigsten so verwertet werden darf, wie ihn hier Dade im Interesse der Getreidezollerhöhung zu verwerten versucht.

Schon vor zwei Jahren ist von der Goltz in seinen „Vorlesungen über Agrarwesen und Agrarpolitik“ diesem unter der Autorität des Landwirtschaftsrats getriebenen und übertriebenen Verdammungsurteil gegen die Verfütterung von Brotgetreide entgegengetreten. Er hält es gar nicht für auffallend, daß 14 Prozent des geernteten Brotgetreides verfüttert werden, und meint, daß die kleinern Wirte nach ganz richtigen wirtschaftlichen Grundätzen handelten, wenn sie häufig einen Teil des von ihnen produzierten Roggens, obwohl er an und für sich eine marktfähige Ware sei, an ihr Vieh verfüttern. Sie zum Verkauf zwingen zu wollen, sei undenkbar; es würde dies eine „sozialistische Organisation des Staats“ zur Voraussetzung haben. „Auch eine Preissteigerung des Getreides würde hieran wenig ändern, falls sie nicht so stark

wäre, daß kein verständiger Mensch an die Erhebung irgend ins Gewicht fallender Eingangszölle für Getreide überhaupt noch denken könnte."

Zu Grunde liegt diesem ungestümen Drängen der Agrarier auf Verkauf alles zur Menschennahrung tauglichen Getreides auch wieder die Idee, daß es „Aufgabe“ der Landwirtschaft sei, den „nationalen“ Brotbedarf voll zu decken. Um diese Aufgabe à tout prix zu lösen, muß zunächst das privatwirtschaftliche Interesse des einzelnen Bauern in den Hintergrund treten; die Gesamtheit — d. h. die Nichtlandwirte und die Getreide kaufenden Landwirte — soll ihn dann dafür durch Zollerhöhungen, d. h. durch künstliche Preissteigerungen schadlos halten. Es ist sehr bezeichnend, daß die Agrarier, auch Dade, in dieser Frage nicht den einzelnen Wirt, überhaupt nicht die Landwirte als Personen, sondern die „Fläche“ oder den „Besitz“ berücksichtigt sehen wollen. Wer die Zahl der Wirtschaften oder auch der Betriebe zunächst heranzieht, der riskiert, ohne weiteres zu den „Freihändlern und Sozialdemokraten“ geworfen zu werden, die, wie Dade sagt, nur aus „politischem Haß gegen den Großgrundbesitz“ behaupten, die Bauern hätten weniger von der Zollerhöhung als die Großgrundbesitzer. Wer mit solchen Anklagen um sich wirft, um dabei doch schließlich alle, die auf Conrads Standpunkt stehen, zu treffen, der fordert scharfe Zurückweisung heraus. Die Nichtachtung der einzelnen Personen, die das Land bebauen, so gut und so schlecht, wie sie nach ihrem Bildungsgrade, ihrer Intelligenz und Erfahrung es verstehen und in ihrem eignen Interesse wollen, ist ganz ausgesprochen sozialistisch und setzt die Sozialdemokratie ins Recht, wenn sie auf Enteignung des landwirtschaftlichen Grund und Bodens und Verstaatlichung des landwirtschaftlichen Betriebs dringt. In der Frage nach dem Nutzen der Getreidezölle, ihrer Aufrechterhaltung wie ihrer Erhöhung, bleibt gar nichts andres übrig als zu untersuchen, welchen privatwirtschaftlichen Vorteil die Inhaber der Betriebe, die Besitzer der Güter haben, solange nun einmal das Privateigentum an Grund und Boden noch zu Recht und in einem wirklichen Recht auf seine persönliche selbständige Bewirtschaftung besteht. Wir wollen hier auf die Lösbarkeit der „Aufgabe“, den nationalen Getreidebedarf selbst bei fortschreitender Bevölkerungszunahme im Inland zu decken, die man den Landwirten stellt, nicht näher eingehen, aber einen anerkannten Sachverständigen wollen wir doch noch darüber hören. In dem Buche über den „Betrieb der deutschen Landwirtschaft am Schlusse des neunzehnten Jahrhunderts“, das die bekannte, so sehr verdienstliche „deutsche Landwirtschaftsgesellschaft“ bei der Pariser Weltausstellung 1900 der Société des Agriculteurs de France gewidmet hat, sagt Professor Dr. Werner unter anderm folgendes: Das zwanzigste Jahrhundert werde eine sehr wesentliche Vermehrung des Tierbestands sehen, infolge der steigenden Preise tierischer Erzeugnisse und des gehobnen Wohlstands der Nation, sowie eine starke Vermehrung der Gärungsgewerbe. Beides wirke vermindernd auf die für die menschliche Nahrung verfügbaren Getreidevorräte ein, denn zur Erzeugung von 1 Kilogramm Fleisch müßten nicht weniger als 10 Kilogramm

Trockensubstanz verfüttert werden. Auf diese Weise erkläre es sich auch, wie es möglich gewesen sei, daß im neunzehnten Jahrhundert Deutschland, obgleich seine landwirtschaftliche Erzeugung bedeutend mehr zugenommen habe als seine Bevölkerungszahl, aus einem landwirtschaftlich ausführenden zu einem landwirtschaftlich einführenden Lande geworden sei. Es sei vor allem die große und stetige Zunahme des Fleischverbrauchs, die diesen Umschwung bewirkt habe. Die Zunahme des Fleischverbrauchs aber werde auch in Zukunft andauern. Unter den veränderten volkswirtschaftlichen Verhältnissen werde sich also die Erzeugungsrichtung auf die Bevorzugung der tierischen Erzeugung in allen Betrieben richten müssen, wo die Verhältnisse für sie einigermaßen günstig seien. Welch gewaltige Bedeutung allein die Rinderzucht schon für unsre Landwirte gewonnen hat, erfahren wir durch die Angabe desselben Sachverständigen, daß schon 1892 der Wert der Rinder im Deutschen Reich über $3\frac{1}{2}$ Milliarden betragen, und der durchschnittliche Milchertag sich auf jährlich mehr als $1\frac{1}{2}$ Milliarde Mark gestellt habe. Dabei kamen 1895 auf je 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche in den Betrieben unter 2 Hektar 78 Stück Rindvieh, in den von 2 bis 5 85 Stück, in den von 5 bis 20 64 Stück, dagegen in den Betrieben von 20 bis 100 Hektar nur 47 und in den Großbetrieben gar nur 25 Stück. Dazu kommt die Schweinezucht, die erst recht ihren Schwerpunkt im Kleinbetrieb hat. In den oben genannten Größenklassen und in derselben Reihenfolge kamen 1895 auf je 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche 192, 71, 43, 27 und 11 Schweine. Man wird wirklich gut thun, den Bauern nicht die Viehzucht, die ihnen ganz wesentlich hilft, die schlechten Zeiten zu überwinden, durch die Verpönung des Verfütterns von Brotgetreide und durch die Anpreisung des Ankaufs von Futtermitteln, die aus dem Ausland eingeführt werden, zu erschweren und zu verleiden. Gott sei Dank, unsre Bauern sind im allgemeinen dickköpfig genug, den Landwirtschaftsrat, Dade und alle Wanderlehrer, die gegen das Verfüttern predigen, reden zu lassen und doch zu thun, was ihnen privatwirtschaftlich sichern Nutzen verspricht. Schlimm ist's nur, daß, wenn man ihnen jetzt einredet, der Staat, das Reich, der Kaiser habe die Pflicht, durch eine Zollerhöhung ihnen auch auf dem Getreidemarkt reichliche Preise zu schaffen, und diese Folge dann nicht eintritt, das Vertrauen und die Liebe zu Kaiser und Reich im Landvolk einen weitem Stoß erhalten kann. Denn die Agrarier werden nicht zögern, das Scheitern der vorgepiegelten Hoffnung nicht sich selbst, sondern Kaiser und Reich in die Schuhe zu schieben, die eben die Zölle nicht stark genug hätten erhöhen wollen.

Für uns steht die Aufrechterhaltung der bisherigen Brotkornzölle außer Frage, weil unter ihrer Aufhebung oder Herabsetzung zur Zeit so viele Inhaber von Großbetrieben und größere bäuerliche Besitzer privatwirtschaftlich so sehr gefährdet werden könnten, daß sozial und politisch die Gesamtheit darunter schwer leiden müßte. Also um des privatwirtschaftlichen Vorteils einer Minderheit der Landwirte wollen wir die Zölle erhalten wissen. Das gestehn wir offen ein, denn diese Minderheit wiegt unsers Erachtens sozial und politisch

mehr als die Mehrheit, die nichts rechtes von den Getreidezöllen profitiert. Eine Erhöhung der Zölle aber in den Grenzen, wie sie allein für die nichtlandwirtschaftliche Mehrheit der Gesamtbevölkerung und die wirtschaftliche Expansion des Reichs zulässig und denkbar ist, wird auch den wirklich notleidenden Rittergutsbesitzern und Großbauern nicht auf die Beine helfen; vollends nicht, wenn sie infolge der Zollerhöhung glauben sollten, nun die Güterpreise bei Kauf, Erbesübernahme und Schuldbelastung wieder höher bemessen zu dürfen, statt von ihnen gebührend, trotz der Zollerhöhung, abschreiben zu müssen. Auch den Großgrundbesitzern und Großbauern muß die Hoffnung, daß ihnen durch Steigerung der Zollschranken wirklich und dauernd geholfen werden kann, endlich genommen werden, und deshalb darf der Kaiser sich die Zollsätze von den Agrariern nimmermehr diktieren lassen. Stellte sich die Regierung auf den Boden der agrarischen Behauptungen und Trugschlüsse, so würde nach zwölf Jahren der Notstand in den Großbetrieben ärger sein als heute. Auch darin würde Conrad zweifellos Recht behalten. ß



Gedanken zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes



ie auf der Tagesordnung stehende Diskussion über die Revision des Krankenversicherungsgesetzes hat die verschiedensten Klagen und Wünsche hervorgerufen. Alle beteiligten Kreise haben die vom Ministerium in einer amtlichen Rundfrage zur Debatte gestellten Fragen erläutert. Als Ergebnis der Erörterung kann ich feststellen, daß sich die mir bekannt gewordenen Resolutionen der Unternehmer und der Arbeiter ebenso schroff gegenüber stehn wie die Wünsche und die Beschlüsse der Kassenverbände und der Ärzte. Erklärlich wird dieser Gegensatz bei der Erwägung, daß die großen Standesorganisationen wesentlich aus materiellen Interessen heraus die Fragen zu entscheiden pflegen, und daß sich hierbei einerseits die pekuniären Interessen der Unternehmer und der Arbeiter, andererseits die finanziellen Interessen der Krankenkassen und der Ärzte gegenüber stehn. Wo kann man da den Mittelweg finden?

Das zur Zeit am heißesten umstrittne Problem ist die Kassenarztfrage. Während sich die deutschen Ärzte ganz entschieden ausgesprochen haben für die gesetzliche Einführung der freien Wahl der Ärzte als einzig befriedigende Lösung der Kassenarztfrage, haben die Krankenkassenverbände ebenso einhellig wie die Vertretungskörper der Unternehmer, besonders die Organisationen der Industriellen, die gesetzliche Einführung der freien Wahl des Arztes für ausgeschlossen erklärt.